

Nr. **XIX.GP-NR
676 1J
1995-03-08**

A N F R A G E

der Abgeordneten Fink, Mag.Kukacka
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Vorgangsweise der Fernmeldebehörden gegen
Kabel-TV-Betreiber

In Feldbach in der Steiermark wurde Ende letzten Jahres eine eigene Ges.m.b.H. gegründet mit dem Ziel, ein wöchentliches Videoprogramm über Kunst, Kultur sowie lokale Ereignisse in das bestehende Kabelnetz einzuspielen. Dies geschah in der Annahme, daß aufgrund der jüngsten Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte nunmehr auch in unserem Land die Einspielung von regionalen Produktionen in die Kabelnetze erlaubt sei. Nach der ersten Sendung, die unter der regionalen Bevölkerung einen großen Anklang gefunden hatte, wurde jedoch ein Strafverfahren gegen die Betreiber eingeleitet sowie die Einstellung des Sendebetriebes veranlaßt.

Nach verschiedenen Informationen werden jedoch in anderen Bundesländern durchaus ungestört derartige Kabel-TV-Kanäle betrieben. Desgleichen soll angeblich die burgenländische Elektrizitätswirtschaft im Rahmen ihres Infokanals auch Life-Interviews landesweit einspielen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen bekannt, daß der Feldbacher Kabel-TV-Ges.m.b.H. die Verbreitung eines Videoprogammes über Kunst, Kultur

- 2 -

sowie lokale Ereignisse in das bestehende Kabelnetz untersagt wurde?

Wenn ja, warum wurde gerade in diesem Fall die Untersagung ausgesprochen?

- 2) Ist Ihnen bekannt, daß in anderen Bundesländern gleichartige Produktionen in die Kabelnetze eingespeist werden, bzw. wird gegen diese Produktionen vorgegangen?
- 3) Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmungen wurde gegen die Verbreitung des Regionalprogrammes im Kabelnetz durch die Feldbacher Kabel-TV-Ges.m.b.H. vorgegangen?
- 4) Sind Sie der Auffassung, daß diese gesetzlichen Bestimmungen mit der Menschenrechtskonvention vereinbar sind?
- 5) Wann werden Sie eine diesbezügliche Liberalisierung, so wie es in anderen EU-Mitgliedsstaaten üblich ist, dem Parlament vorlegen?